

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **69 (1989)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was geht uns der Amazonas an?

Eine der führenden und darüber hinaus eine der interessantesten Tageszeitungen Brasiliens, «*O Liberal*», mit Erscheinungsort Manaus, brachte kürzlich einen von Bitterkeit, Patriotismus und Ironie förmlich überströmenden Artikel unter dem Titel «*A Amazonia è nossa*», Amazonien gehört uns. Der Autor wies zunächst einmal alle wirklichen und denkbaren Versuche ausländischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Amazoniens in beissender Sprache zurück, griff dann zurück in die Geschichte des 19. Jahrhunderts und erinnerte die Leser daran, dass es schon so viele Versuche gegeben habe, den Amazonas zu «internationalisieren». Man habe sie, so stellte «*O Liberal*» mit Befriedigung fest, nach schwierigen Phasen allesamt zurückweisen können — und so werde es auch diesmal geschehen, auch wenn einige Europäer und Amerikaner sich das Ziel gesetzt hätten, die Erschließung Amazoniens zu verhindern, um «*hie und da einmal hierher reisen, eine intakte Fauna, einen unverfälschten Urwald und ein paar nackte Indianer*» sehen zu können.

So, wie sich «*O Liberal*» von Manaus ausdrückt, so etwa lesen sich auch die Tageszeitungen von Belem oder die Blätter der ferne gelegenen Grossstädte an der brasilianischen Ostküste: «*A Tarde*» in Salvador/Bahia ist ebenso vehement in der Zurückweisung der ausländischen «Ansprüche» an Brasilien in Sachen Amazonas. Der «*Globo*», Brasiliens grösste Tageszei-

tung, im Besitz des mächtigsten Verlegers des Landes mit seinen mehr als 140 Millionen Menschen, ist nur deshalb etwas zurückhaltender, weil man sich von dieser höheren Warte aus die Optionen mit Blick auf die oberste Ebene der Politik offen halten will — und da kann es nach dem 15. November möglicherweise eine Akzentverschiebung in der Tonart geben. Wer weiss, wie der Nachfolger des jetzigen Präsidenten, José Sarney, die Sachlage in bezug auf Auslandsschulden und Amazonas analysieren wird . . .

Die Gegensätzlichkeit in der Schilderung der Amazonas-Problematik zwischen der westeuropäischen/nordamerikanischen und der einheimisch-brasilianischen Publizistik muss zum Nachdenken, vielleicht auch zum Überdenken eigener, eingefahrener Positionen anregen. Wir gehen doch im allgemeinen davon aus, der Amazonas-Urwald sei, bis vor wenigen Jahren, als «Lunge» der Welt-Atmosphäre intakt erhalten geblieben. Seit dem Beginn der achtziger Jahre, besonders intensiv seit etwa 1985, würden die Amazonas-Wälder jedoch ruchlos geplündert, zerstört, in schnöden Mammon umgesetzt. Bösewichte in diesem Drama sind, gemäss verbreiteter Ansicht hierzulande, die brasilianische Regierung, die Weltbank (sie hat bis vor kurzem den Bau oder Ausbau von Strassen quer durchs riesige Land mitfinanziert), Spekulanten und Grossgrundbesitzer. Viel Sympathie will man, aus der westeuropäischen Perspektive, für diese

Menschen- und Mächtegruppen nicht aufbringen.

Machtgruppen – Massen-Ansprüche

Reist man durch Brasilien und verfolgt die dortige Presse (die manchmal ihre Unabhängigkeit von politischen Grössen durch rüde Kritik unterstreicht), so bildet sich aus Bestandteilen eines Puzzles ein komplexeres Bild. Es sieht, immer noch etwas vereinfacht, etwa so aus: Gewiss sitzen Grossgrundbesitzer und Finanzhaie am längeren Hebel bei der Erschliessung bisher intakt gelassener Urwald-Regionen. Diese Machtgruppen können in einigermaßen grosszügiger Weise auf die Unterstützung durch die Regierung zählen, die sich in den letzten Jahren als erschreckend verführbar erwiesen hat, wenn immer potentiellen Machtträgern und Familienangehörigen von Inhabern regionaler oder übergeordneter Autorität Chancen zur Bereicherung geboten worden sind. Doch die Interessensnähe zwischen Politikern und Grossunternehmen in Brasilien ist nur eines von vielen Elementen im Ringen um den Amazonas und im Kampf um die Ökologie. Den Interessen der Grossen oft nur scheinbar entgegengesetzt ist der Hunger landloser, mittelloser, ausgenutzter Massen, die in den Favelas von Rio, Sao Paulo, Bahia, Recife oder Fortaleza dahinvegetieren und die, aus nacktem Existenzkampf, irgendwo im riesigen Land irgend ein Stück Grund und Boden roden und bebauen wollen, und seien die Aussichten auf Erfolg noch so gering.

Die Regierung behauptet in vereinfachender Weise, sie wolle mit der Erschliessung Amazoniens ja in erster Linie diesen Massen-Ansprüchen ent-

gegenkommen, sie wolle den Slumbewohnern eine Chance bieten, ihnen neuen Lebensraum zur Verfügung stellen. Und wo sonst als in den riesigen Amazonas-Gebieten könnte der gefunden werden? Den noch vitalen Männern aus den Armenvierteln werden praktisch kostenfrei Grundstücke angeboten, zumindest Arbeitsmöglichkeiten in der Holz-Wirtschaft, Chancen als Arbeiter in den neu entdeckten Erdölfeldern oder beim Goldschürfen. Dass die Armen bei diesen Tätigkeiten arm bleiben (sich aber immerhin ernähren können), dass die Reichen reicher werden, das kümmert die brasilianische Öffentlichkeit vorerst noch kaum. Entbehrungen werden in diesem grossen Land mit grösster Selbstverständlichkeit akzeptiert. Brasilien ist ein Pionierland, möglicherweise in mancherlei Hinsicht vergleichbar mit den Vereinigten Staaten Nordamerikas im 19. Jahrhundert. Die USA damals, Brasilien heute, kennen einen Drang nach Westen, waren oder sind intern expansiv, verhalten sich rücksichtslos gegenüber indianischen Minderheiten, kannten und kennen ein beunruhigendes Anwachsen der Gesetzlosigkeit, der Kriminalität sowohl in chaotischer als in organisierter Form. Die USA damals, Brasilien heute, sind in beeindruckender Weise mobil: man verlegt ohne grössere Not seinen Wohnsitz um Tausende von Kilometern, wenn damit eine Verbesserung der materiellen Situation erhofft wird. Sesshaftigkeit hat einen geringen Stellenwert, man bewegt sich mit Selbstverständlichkeit durch den grossen geographischen Raum eines abstrakten Begriffs, dem man den Namen Brasilien gegeben hat. Ein Pastor mittleren Alters, den ich auf einem primitiven Kursschiff in der Region zwischen der peruanischen

Grenze und Manaus, auf dem Rio Solimoes (Oberlauf des Amazonas) kennenlernte, fand nichts dabei, dass er, nach einigen Jahren sesshafter Arbeit, aus dem Städtchen Tefe zweitausend Kilometer weiter flussabwärts versetzt und daher mitsamt Familie und Papagei zu einem beschwerlichen Umzug genötigt wurde. Der Weg schien zunächst das Ziel zu sein. Und ähnlich verhielten sich potentielle wie schon erfahrene Goldgrubenarbeiter, die in der Amazonas-Stadt Santarem ein Schiff mit Ziel Itaituba bestiegen und die wussten, was sie dort erwartete: härteste Arbeit von früh bis spät, kärglichste Lebensbedingungen, geringe Chancen auf Erlangung eines höheren Glücks.

Grossflächige Rodung

Wo immer sich eine Gelegenheit zu materieller Besserstellung, zumindest eine Chance für einen am Rande noch erfolgreichen, Überlebenskampf abzeichnet, da ziehen die Menschen im heutigen Brasilien massenweise hin: in die Region von Rondonia, wo der Urwald rücksichtslos gerodet wird, in die Nordamazonas-Zonen an der venezolanischen Grenze, wo ohne Rücksicht auf die Umwelt Gold (mit Quecksilber) aus der Erde gewaschen wird, in die Mittelamazonas-Gegenden, wo man Edelhölzer (illegal) schlägt und Gold (legal) waschen kann. Misserfolge hin oder her, fast niemand glaubt, dass die Urwald-Erde sich für die Landwirtschaft kaum je eignet. Und die vom Ausland so hart kritisierte Brand-Rodung, wurde sie nicht schon vor Jahrhunderten, und zwar von den einheimischen Indios, angewandt? Gewiss, schon die Indios kannten sie,

und die später angesiedelten Weissen oder Halbweissen praktizierten sie ebenso. All das vollzog sich jedoch, bis in die achtziger Jahre dieses Jahrhunderts hinein, im allgemeinen recht kleinräumig. Die Erde konnte sich erhalten, und brandgerodete Grundstücke waren und sind (davon kann man sich heute noch an Ort und Stelle überzeugen) schon nach zwei Jahren wieder von drei Meter hohem Baum- und Strauchwerk überwuchert. Problematisch wurde diese unästhetisch aussehende Arbeitsweise erst, als sie von Gross-Unternehmern grossflächig angewendet wurde: sie reissen mit Caterpillarn das Wurzelwerk der grössten Urwaldriesen heraus und roden ausserdem derart grosse Flächen, dass eine Regeneration nicht mehr oder nur noch in Ausnahmefällen möglich scheint.

Schulden und Entwicklung

So weit so schlecht. Was hat das alles aber mit Politik zu tun? Eine ganze Menge. Erstens ist Brasilien mit etwa 120 Milliarden Dollar gegenüber dem Ausland verschuldet und muss daher nach neuen Ressourcen Ausschau halten. Zweitens muss man, so schreiben es die brasilianischen Zeitungen fast Tag für Tag, neuen Existenzraum für die Elenden in den Slums der Städte an der Ostküste schaffen. Drittens ist der pazifische Raum die chancenreichste Entwicklungszone der Welt, also muss Brasilien Zugang zu diesem Raum erhalten — durch den Bau einer ganzjährig befahrbaren Strasse via Peru, auf der Brasiliens Mineralreichtum exportiert werden soll.

Brasilien hatte bis vor kurzem eine Inflation von etwa tausend Prozent.

Früh in diesem Jahr setzte Präsident Sarney eine Währungsreform und ein rigoroses Sparprogramm in Kraft. Wenn die Massen (und vor allem die Gewerkschaften) murrten und noch immer murren, wird ihnen geantwortet: das westliche Ausland setzt uns wegen unserer Schulden unter Druck, da bleibt uns nichts anderes übrig, als den Gürtel (noch) enger zu schnallen. In der Presse geht man dann in der Interpretation noch etwas weiter: dasselbe westliche Ausland, das Brasilien mit der Rückforderung von Krediten und der Forderung von Zinszahlungen unter Druck setze, wolle die Entwicklung der noch unerschlossenen Amazonas-Gebiete verhindern. Dabei, so schreiben die Zeitungen Brasiliens, würden schlimmstensfalls 15 Prozent des riesigen Amazonas-Urwalds von den Erschliessungsprojekten tangiert. Doch selbst angesichts dieser klar erwiesenen Sachlage (ist sie so klar? Die Statistiken widersprechen sich in bezug auf die zerstörte und in Angriff genommene Erschliessungsfläche im Amazonas-Urwald) — so wird immer wieder erklärt — wolle der Westen sich in die inneren Angelegenheiten Brasiliens einmischen. Selbst Sympathisanten der Umweltschutzbewegungen fielen in verschiedenen Artikeln wortreich über die angeblich wohlmeinenden Ausländer her, welche Wälder und Indios retten möchten.

Nationalistische Töne beherrschen heute die inner-brasilianische Urwald-Debatte. Die Grünen, als politische Kraft in Brasiliens debattierfreudigem Mächte- und Meinungs-Dschungel eben in einer Wachstumsphase begriffen, zersplittern sich bereits über die Frage der sogenannten Internationalisierung der Amazonas-Debatte. Die Internationalisten, nach dem Muster

Lutzembergers oder des von Grossgrundbesitzern ermordeten Chico Mendes, sind in der Minderheit, mögen sie argumentativ noch so brillant auftreten: mit ihren Reden und Schriften erreichen sie viel eher ein ausländisches als ein einheimisches Publikum. Umweltschutzmanifestationen und Kundgebungen zum Schutz der indianischen Kultur (die vielpublizierte Demonstration in Altamira im Februar, zum Schutz der Indios, gegen ein riesiges Staudamm-Projekt, wurde zum Schauobjekt degradiert) geraten unweigerlich in die Kontroverse zwischen «nationalen» Anliegen und «internationalen» Ansprüchen.

Brasilianer haben eine Tendenz, über solche Ereignisse zu lächeln: man weiss, dass selbst die Indios das nicht wollen, was das Ausland für sie tun will. Die Indios, so wird allgemein erklärt (von Laien und auch von Fachleuten, die mit den Indio-Stämmen arbeiten) lehnen die Errichtung von Reservaten fast ausnahmslos ab. Erhalten sie einmal von der Regierung oder von Spekulanten etwas Geld als Ersatz für die Erschliessung von Öl- oder potentiellen Goldfeldern, so rasen sie, per geleastem Jet, zu wilden Wochenenden nach Belem oder Manaus. Hunderttausend oder zweihunderttausend Indios leben noch in der Amazonas-Region, die genaue Zahl kennt niemand. Forschungsstätten wie jene des Museums Goeldi in Belem versuchen, eine breitere Öffentlichkeit auf die Probleme der Akkulturation der Indio-Stämme aufmerksam zu machen — fern von irgendwelchem Nostalgie-Eifer, vielmehr getragen vom Wissen, dass der Zusammenprall zweier Zivilisationen unvermeidlich ist und dass der Schock, bestenfalls, abgedämpft werden kann. Die Ethnologen des Goeldi-

Museums (die zurzeit schwer unter der Sparpolitik der Regierung leiden: die Hälfte der für Wissenschaftler reservierten Stellen soll abgebaut werden) dokumentieren den Wandel in der Lebensweise der Indios, werben durch nüchterne, klare Aufklärung um Verständnis für das Fremde, und mit all dem lösen sie, bestenfalls, einen Tropfen von Verständnis aus, der auf einen heissen Stein fallen wird.

Denn diese Gesellschaft ist, aufgrund ihrer Grösse, aufgrund ihrer inneren sozialen Spannungen, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Probleme, unfassbar übermächtig gegenüber diesem Steinzeit-Rest der Indio-Kultur. Die expansiven Kräfte, so vielschichtig und innerlich widersprüchlich sie sein mögen, fühlen sich gestützt durch viele Äusserungen der Staatsführung. Und jetzt geisselt Präsident José Sarney, bald am Ende seiner Amtszeit angelangt, unermüdlich jegliche Tendenz ausländischer Einmischung und verwahrt sich gegen ein Junktim, ja gegen jegliche Schein-Verbindung zwischen ausländischer Kreditvergabe und Verpflichtung zu zurückhaltender Nutzung der Amazonas-Wälder. Er befindet sich, wie zuvor schon erwähnt, mit seiner Beharrlichkeit (oder seiner Starrheit) in Übereinstimmung mit einem grossen Teil seines Volks.

Was kann der Westen, was können wir, aus all dem lernen? Vor allem dies:

1. Der Westen sollte mit Sensibilität auf die Empfindlichkeiten der Dritten Welt, besonders auf jene von Schwellenländern wie Brasilien, eingehen. Was wir bisweilen noch als «normales» Handeln und Wandeln betrachten, hat für Länder ausserhalb unserer Hemisphäre manchmal einen verletzenden Aspekt.

2. Die Indio-Kultur in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern ist, leider, zum Untergang verurteilt — was wir allenfalls tun können ist das, was einige aufgeklärte Lehrer und Missionare (auch schweizerische) bereits aktiv in Angriff genommen haben: durch Bildungshilfe zur Abfederung des Kulturschocks beitragen.

3. Ein gründliches Nachdenken über unsere Handelspolitik in bezug auf Rohprodukte, die für Länder wie Brasilien lebenswichtig sind, scheint vordringlich. Erschwert wird eine Neuordnung der Rohstoff-Preispolitik gewiss dadurch, dass die Produktions- und Vermarktungsbedingungen in den verschiedenen Entwicklungsländern so unterschiedlich sind. Eine freiwillige Anhebung von Abnahmepreisen für Produkte wie Zucker oder Kaffee könnte zu neuen Ungerechtigkeiten und Verzerrungen führen. Aber in diesem Bereich ist noch längst nicht zu Ende gedacht worden.

4. Eines der wesentlichsten Elemente einer konstruktiven Entwicklungspolitik besteht in der Steuerung der Bevölkerungsexplosion.

5. Der Westen wird in Sachen Schulden und Kreditvergabe punktuelle, im Punktuellen aber auch grosszügige, Zugeständnisse an einige Länder machen müssen, will er Rückwirkungen auf die eigenen Wirtschaftsstrukturen vermeiden.

In diesem erweiterten Sinn geht der Amazonas uns alle an — aber er gehört uns nicht, uns, die zuviel konsumieren, zuviele Ansprüche haben, die davon leben, dass unsere Vorfahren das taten, was jetzt viele Brasilianer in den Amazonas-Regionen tun: Wälder roden.

Erich Gysling

Phänomen Autopartei — unterschätzt und überwertet

Anfänglich hatte man es nicht allzu ernst genommen. Das Erscheinen der Autopartei auf der politischen Bühne wurde als spektakuläres Intermezzo betrachtet, als momentaner Wirbel im Flugsand der Unzufriedenen, als Eintagsfliege wie viele andere zuvor. Der Starterfolg bei den Nationalratswahlen stellte eine erste Überraschung dar, und mit den Einbrüchen in mehrere kantonale Parlamente ist die Autopartei nun zu einem Phänomen geworden, das Analytiker und Kommentatoren in Trab setzt. Man kommt um die Frage nicht herum, ob dieses Phänomen nicht unterschätzt worden ist.

Rascher Aufstieg

Die Chronologie der Erfolge ist bemerkenswert. Im Frühjahr 1985 gegründet, errang die Autopartei im Herbst des gleichen Jahres je ein Nationalratsmandat in den Kantonen Zürich und Bern. Im folgenden Jahr zog sie jeweils in Fraktionsstärke in die Parlamente der Kantone St.Gallen (7 Mandate), Thurgau (10 Mandate) und Schaffhausen (8 Mandate) ein, ausserdem in die Gemeindeparlamente von St.Gallen, Wil, Biel, Schaffhausen und Bern. In diesem Frühjahr kamen 12 Mandate im Kanton Aargau und 7 Mandate im Kanton Solothurn hinzu; in Graubünden dagegen konnten die Hürden des stark majorzbetonten Wahlsystems nicht überwunden werden.

Zwar haben diese Erfolge die politischen Kräfteverhältnisse nicht massgebend verändert. Zu Beunruhigung Anlass geben nicht in erster Linie die Wähleranteile, sondern die Breite und

Kontinuität des Vormarsches, insbesondere die Tatsache, dass die neue Partei sowohl in den Städten wie auch auf dem Land Fuss gefasst hat.

Der Vergleich mit den sogenannten Überfremdungsparteien liegt nahe. Die Republikanische Bewegung und die Nationale Aktion haben in den siebziger Jahren einen ähnlichen Aufstieg — und später einen ebenso raschen Niedergang — erlebt. Doch ist neben der Verwandtschaft in der Art des Auftretens ein wesentlicher Unterschied nicht zu übersehen: Die Überfremdungsparteien haben vor allem ein Thema besetzt — die Ausländerfrage — und dabei eine Position eingenommen, die in radikaler Opposition zu denjenigen aller anderen Parteien stand, während die Autopartei sich in einem Bereich — der Verkehrspolitik — zu profilieren suchte, der von allen anderen Parteien ebenfalls intensiv beachtet wird und in dem sich kaum mehr Positionen finden lassen, die nicht auch von anderen geteilt werden. Etwas Neues hatte die Autopartei bisher nicht anzubieten. Das macht die Ergründung ihres Erfolgs nicht einfacher.

Umwelthysterie mit umgekehrten Vorzeichen

Die Sorge um die Umwelt steht — das belegen alle Meinungsumfragen — bei der grossen Mehrheit der Bürger an der obersten Stelle des politischen Problemkatalogs. Das zwingt alle Parteien zur ernsthaften Auseinandersetzung und fördert bei besonders engagierten Gruppierungen die Neigung, über das Ziel hinauszuschiessen. Es entspricht

der Logik des politischen Systems, dass Gegenkräfte entstehen, die ebenso einäugig sind. Nachdem das Auto zum Sündenbock gestempelt wurde, drängte sich die Gegenattacke an diesem neuralgischen Punkt geradezu auf, da hier Besitzstände von jedermann in Frage gestellt wurden, also auch politikferne Bürger angesprochen werden konnten. In dieser populären Interessensphäre konnte sich gezielte Einseitigkeit auszahlen, da sich alle anderen Parteien nicht einfach von der umweltpolitischen Mitverantwortung dispensieren durften. Die Autopartei hingegen spielte sich ganz bewusst als Einthemenpartei auf und sprach damit Unzufriedene und Frustrierte gerade auch in den bürgerlichen Parteien an.

Die Wahl des Autos als Aushängeschild macht deutlich, dass die Partei weniger auf ein politisches «Programm» setzt als gezielt einen Reaktionsmechanismus zur Mobilisierung ausnutzt. Für eine an sich unpolitische alltägliche Unzufriedenheit mit unbequemen Verkehrsverhältnissen wird ein politischer Sündenbock dingfest gemacht. Der Kampf der Autopartei hat wenig mit realer Verkehrspolitik zu tun, denn die Probleme der rasch wachsenden Mobilität sind mit simplen Allerweltsrezepten nicht zu lösen, und mit den Konsequenzen eines massiven Ausbaus des Verkehrssystems, der individuelle «freie Fahrt» gewährleisten würde, sich keine politische Bewegung die Finger verbrennen wollen. Da bieten sich die «linken und grünen Spinner» als Prügelknaben an, als ob deren autofeindlichen Sprüche die Ursache der ungelösten Probleme wären. Der umweltpolitischen Hysterie der anderen Seite begegnet man mit derselben Waffe in Namen einer unreflektierten Bewegungsfreiheit.

Wildern in bürgerlichen Gefilden

Es ist indes anzunehmen, dass diese auf verdrängte Aggressionsgefühle ausgerichteten Scheinparolen einen wesentlichen Teil des Erfolgs der Autopartei ausmachen. Denn was ihnen an programmatischen Erklärungen sonst noch beigegeben wird, unterscheidet sich nicht wesentlich von der Propaganda bürgerlicher Parteien. In den politischen Leitlinien findet man beispielsweise persönliche Freiheit, Widerstand gegen höhere Steuern und Abgaben, Schutz des Eigentums und den Slogan «Mehr Anstand und Moral in der Politik». Unüberhörbar ist freilich der Vorwurf an die Regierungsverantwortung mittragenden Parteien, dass sie diese Grundsätze nicht energisch genug vertreten. Und unübersehbar ist die Neigung, in schwierigen Problembereichen wie der Asylpolitik im Trüben zu fischen. Hier ist denn auch zu spüren, dass die Autopartei die serbelnden Überfremdungsparteien zu beerben sucht, ohne sich allerdings allzu sehr zu exponieren.

Die traditionellen Wahlsprüche peilen offensichtlich ein bürgerliches Publikum an. Das eigene Profil wird nicht mit inhaltlichen Akzenten gesucht, sondern mit der Attitüde der Kompromisslosigkeit, die sich vorab in undifferenziert plakativen Formulierungen manifestiert. Die Autopartei politisiert im vertrauten Stil von Abstimmungskämpfen, die als Vetoentscheidungen auf schwarz-weiße Argumentationsmuster angelegt sind und die stets auch von der Emotionalität einer Vertrauensabstimmung getragen werden. Sie bietet denn auch kaum sachliche Alternativen an, wenn man einmal von den vordergründigen Autoparolen absieht, sondern spekuliert auf ein verbreitetes Miss-

trauen, das sich politisch nicht anders zu artikulieren vermag. Dass eine Portion Demagogie zur direkten Demokratie gehört, ist auch den anderen Parteien durchaus vertraut; ungewohnt ist aber, dass sie derart unverfroren im politischen Alltag und in den Parlamenten Einzug hält.

Folgen der Kompromisslosigkeit

Denn hier, wo Problemlösungen zuerst mühsam erarbeitet werden müssen, bevor sie dem Test der Abstimmung unterworfen werden, kann ohne ein Minimum an konstruktiver Konsensbereitschaft nichts erreicht werden. Wer Konsens und Kompromiss als Grundübel der Politik anschwärzt, bleibt in der Parlamentsarbeit wirkungslos. Den Beweis für diese These haben die Vertreter der Autopartei geliefert; ihre Präsenz im Nationalrat ist bisher lediglich durch einige deplazierte Verbalattacken markiert worden.

Um so mehr geben sie der Öffentlichkeit Gelegenheit, sich mit parteiinternen Querelen zu beschäftigen. Die Zahl der Führungswechsel und Parteiausschlüsse ist für eine erst vierjährige Partei bemerkenswert. Auch wenn der Parteipräsident solche «Flurbereinigungen» als normal bezeichnet, weist er doch mit entwaffnender Offenheit auf die nur zu wahren Gründe hin: «Wo während des Wahlkampfes der Grundsatz <Der Starke ist am mächtigsten allein> weitgehend richtig gewesen sein mag, bedarf eine Parteiführung . . . auch der Teamfähigkeit und Kooperationsbereitschaft.» Wo aber soll eine Partei, die Politik nur als Kampf mit allen Mitteln betreibt, das Verständnis für Kooperation hernehmen? Kampfgemeinschaften sind auf autoritäre Strukturen

angewiesen. Die Parallele zu den Überfremdungsparteien, deren Geschichte von Spaltungen gekennzeichnet war, ist unübersehbar.

Fazit mit Fragezeichen

Die bisherigen Erfolge der neuen Bewegung sind für die bürgerlichen Parteien, in deren Wählerschaften sie eingebrochen ist, zweifellos schmerzhaft, doch mangels politischer Substanz kaum alarmierend. Die Autopartei hat ein stets vorhandenes reaktionäres Wählerpotential anzusprechen verstanden und ausserdem mit dem Versprechen einer illusionären automobilistischen Freiheit politikferne Kreise aktivieren können. Da ihre Erfolge — im Unterschied zu jenen der Überfremdungsparteien in den siebziger Jahren — keine oppositionelle Sprengkraft haben und für die Handlungsfähigkeit der Regierungsparteien kaum bedrohlich sind, könnte man die Artikulierung einer rechten Flügelposition als Reaktion auf linksgrüne Extremtours mehr oder weniger achselzuckend zur Kenntnis nehmen. Als Ausdruck einer sich verstärkenden unerfreulichen Polarisierung soll die Autopartei zwar nicht unterschätzt, aber auch nicht überwertet werden.

So ganz gelassen bringt man diese Erkenntnis freilich nicht zu Papier, denn noch bleibt ein Rest schwer beschreibbarer Irritation. Sie gilt nicht den sachpolitischen Auswirkungen des neuartigen automobilistischen Lobbyismus, die sich allenfalls in einigen Stundenkilometern bei ohnehin kaum eingehaltenen Tempolimiten messen lassen; sie gilt auch nicht den korrigierbaren Pendelschlägen bei Mandatsverteilungen. Sondern sie gilt dem rüden *politi-*

schen Stil, der in erschreckendem Mass honoriert worden ist. Wenn politische Gegner als Feinde gebrandmarkt werden, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen, ja zu vernichten gilt, politische Verantwortungsträger pauschal als Lügner und Betrüger verunglimpft werden, drohen Vergiftung des politischen Klimas

und Verwahrlosung elementarer Spielregeln, was schwerer wiegt als einige Prozente Stimmenverluste. Solchen Tendenzen ist nicht mit parteitaktischen Überlegungen und Konzessionen beizukommen. Hier gilt es Anfängen zu wehren, um glaubwürdig zu bleiben.

Ulrich Pfister

Ein Beitrag zum Aufbau Europas

Die Kommunalcharta des Europarates und ihr Wert für die schweizerische Gemeindeautonomie

Im Mai 1986 verabschiedete das Ministerkomitee des Europarates ohne Gegenstimme den Text einer neuen, besonders bedeutsamen Konvention: der *Charta der kommunalen Selbstverwaltung*. Im schweizerischen Sprachgebrauch würde man von einer Charta der Gemeindeautonomie sprechen. Die Schweiz enthielt sich damals der Stimme. Entscheidend für ihr Verhalten war die Rücksicht auf die Verfassungsautonomie der Kantone. Immerhin hat aber der Bundesrat den Kantonen, Parteien und verschiedenen Verbänden bereits in zwei Vernehmlassungsrunden die Möglichkeit gegeben, sich zum neuen Vertragswerk des Europarates zu äussern. Wichtige Vorabklärungen über die allfälligen Auswirkungen eines Beitritts auf die schweizerische Rechtsordnung und deren politische Wünschbarkeit sind damit bereits getroffen. Nachdem nun auch schon zwei Drittel der Staaten Westeuropas die Charta unterzeichnet und ein Viertel sie ratifiziert haben, ist

die *Beitrittsfrage* — so scheint es — auch für unser Land *reif geworden für eine breite politische Erörterung* oder gar *eine politische Entscheidung*.

Sinn und Zweck des Vertragswerks

Es mag auf den ersten Blick erstaunen, dass der Europarat mit der hier zur Diskussion gestellten Charta gerade Grundfragen der Gemeindeautonomie aufgegriffen und zum Gegenstand einer internationalen Regelung gemacht hat; denn es geht hier doch um *ausgesprochen innenpolitische Fragen der staatlichen Organisationsstruktur, Regierungsform und Machtverteilung*. Auch ist das Kommunalrecht eine komplexe, schwer greifbare, von Land zu Land unterschiedlich geregelte Rechtsmaterie. Diese scheint einer internationalen Rahmenordnung viel schwerer zugänglich zu sein als etwa die im Laufe der Geschichte erhärteten und im weltwei-

ten Konsens konkretisierten klassischen Grundpositionen des universellen Menschenrechtsschutzes.

Die Charta demonstriert aber, dass es durchaus möglich ist, die tragenden *Grundprinzipien der Gemeindeautonomie* herauszuschälen, wie sie gerade in Europa und auf diese Weise wohl nur in Europa Gestalt angenommen haben und — so lässt sich wohl sagen — zu einem *Kernbestandteil der europäischen politischen Identität* geworden sind. Auch wird aus der Präambel ohne weiteres der Bezug der Charta zu den *Zielen und Aufgabefeldern des Europarates* ersichtlich. Diese Staatenorganisation nämlich hat zum Ziel, in den Ländern Westeuropas freiheitliche und rechtsstaatliche Grundstrukturen zu schützen und zu schaffen. Mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (1950) und der Europäischen Sozialcharta (1961) wurden bedeutende Schritte in dieser Richtung unternommen. Mit der Kommunalcharta sollte nun ein besonderes Instrument zur Sicherung der *politischen Freiheit der Bürger* und der *Teilung der staatlichen Macht* geschaffen werden.

Die Charta der Gemeindeautonomie überragt in bezug auf ihren staatsrechtlichen Stellenwert die meisten der weit mehr als hundert Abkommen, die bisher im Rahmen des Europarates geschlossen wurden. Auch ihre politische Wirkkraft sollte nicht unterschätzt werden. Sie ist wohl ohne weiteres geeignet, die Gemeindeautonomie in Staaten, in denen sie bereits institutionell geschützt ist, da und dort zusätzlich *gegen Gefahren der Aushöhlung zu sichern*; andererseits dürfte sie der Idee der kommunalen Selbstverwaltung dort, wo — wie in Frankreich, Spanien und Italien — *Bestrebungen zu einer effektiven Dezentralisierung der Staats-*

gewalt im Gange sind, einen gewissen *Rückhalt* gewähren.

Form und Inhalt der Charta

Der Europarat verfügt über verschiedene Handlungsinstrumente. Die wichtigsten sind die (rechtlich nicht verbindliche) Empfehlung oder Resolution und der (für die Parteien verbindliche) völkerrechtliche Vertrag. Als Rechtsform für Gewährleistung der Gemeindeautonomie wurde das *rechtsverbindliche Abkommen* gewählt. Mit der Bezeichnung als «Charta» wollten ihre Väter den grundlegenden Charakter dieses Vertragswerks unterstreichen.

Die Kommunalcharta kodifiziert in Form von neun Artikeln den *Grundsatz der Gemeindeautonomie* sowie deren *wesentliche Elemente* wie etwa die Grundprinzipien der demokratischen Willensbildung in der Gemeinde, ihrer Finanzautonomie, der staatlichen Kommunalaufsicht oder des Rechtsschutzes der kommunalen Selbstverwaltung. Die einzelnen Vorschriften sind präzise und zum Teil ausgesprochen detailliert gefasst und entsprechen gewiss nicht in allen Bestandteilen der Rechtslage in den Europaratsstaaten. Um aber trotz ihrer inhaltlichen Ambitionen die Voraussetzungen für einen weiten Mitgliederkreis zu schaffen, wurde sie nach dem «à la carte»-System ausgestaltet. Danach ist es einem beitragswilligen Staat freigestellt, von der Gesamtzahl der Vertragsbestimmungen und von einigen besonders hervorgehobenen Grundprinzipien nur einen bestimmten Teil als für ihn verbindliches Recht zu übernehmen. Wir haben insofern eine Konvention mit einem «*fliessenden Kern*» und mit von Ver-

tragsstaat zu Vertragsstaat *variierenden sachlichen Geltungsgrenzen* vor uns.

Verfahrensschritte

Zurzeit liegt *verfahrensmässig* der Entscheid beim Bundesrat, ob er gewillt ist, das Abkommen zu unterzeichnen. Er bedürfte dann allerdings für einen rechtsverbindlichen Beitritt noch der Genehmigung durch die Bundesversammlung, die ihren Entscheid nach eigenem politischem Ermessen dem (einfachen) Volksreferendum unterstellen könnte. Das Beitrittsverfahren fände alsdann auf internationaler Ebene seinen Abschluss in Form der Ratifikation der Charta durch den Bundesrat.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat die Landesregierung allerdings *erst Schritte zur Vorbereitung eines förmlichen Beitrittsverfahrens* unternommen. Sie hat das Projekt — wie gesagt — den Kantonen, Parteien und interessierten Verbänden zur Vernehmlassung unterbreitet. Diese Anhörung förderte ein buntes Bild von Wertungen und Analysen zutage. Von den Kantonen lehnte mit unterschiedlicher Vehemenz eine knappe Mehrheit einen Beitritt ab. Dabei zeigte sich ein ausgesprochenes West-Ost-Gefälle: die romanischen und einige angrenzende deutschsprachige Kantone äusserten sich mit einer Vielfalt von Schattierungen in positivem, die übrigen Kantone in negativem Sinn. Wertungsextreme markierten auf der einen Seite Neuenburg mit der Sorge, die Charta würde sich mangels internationaler richterlicher Kontrolle als unwirksam erweisen, und auf der anderen Seite Appenzell Innerrhoden mit der Befürchtung, der Bund würde auf dem (Um)weg über die auswärtige

Gewalt in die Lage versetzt, das ganze interne Kompetenzgefüge des Bundesstaates aus den Angeln zu heben. Interessanterweise zählen insgesamt zu den «Befürwortern» der Gemeindecharta vorab gerade die eher zentralistisch strukturierten Kantone der Westschweiz; demgegenüber gehören diejenigen Kantone der Zentral- und Ostschweiz, in denen die Tradition der Gemeindeautonomie besonders tief verwurzelt ist, zu den überzeugtesten «Gegnern».

Insgesamt hat die *Vernehmlassung der Kantone keine schlüssigen Ergebnisse* gezeitigt. Auch sind die Stellungnahmen der Kantone insofern mit einer gewissen Zurückhaltung zu werten, als das Gemeindewesen eine klassische Domäne der Gliedstaaten darstellt und diese von aussen an sie gerichteten kommunalrechtlichen Vorschriften naturgemäss mit einer gewissen Skepsis begegnen. Um zu einem ausgewogenen Entscheid zu gelangen, müssten auch andere — ebenfalls relevante — Interessen mit in Betracht gezogen werden: so vor allem diejenigen der *Gemeinden* selbst und die *Interessen der Eidgenossenschaft im Bereich der auswärtigen Angelegenheiten*.

Ist ein Beitritt der Schweiz zur Charta wünschbar?

Erschiene nun eine Ratifikation der Gemeindecharta durch die Schweiz als politisch opportun? Innenpolitische Gegebenheiten sowie die Perspektive einer (aufgeklärten und weitsichtigen) Interessenvertretung der Schweiz gegen aussen und ihrer Mitverantwortung für eine vernünftige Fortentwicklung der internationalen Ordnung sind für eine umfassende Beurteilung eines

solchen Aktes in Betracht zu ziehen. Argumente «pro» und «contra» sind sorgfältig gegeneinander abzuwägen.

Gegen einen Beitritt liesse sich etwa vorbringen, er hätte eine grundlegende Änderung unseres föderalistischen Systems zur Folge; denn Fragen des Kommunalverfassungsrechts, die nach dem schweizerischen Bundesstaatsrecht eine Angelegenheit der Kantone darstellten, würden so zum Gegenstand einer einheitlichen, übergeordneten Regelung gemacht. Darauf wäre allerdings korrekterweise zu entgegnen, dass sich eine solche Verschiebung der Regelungsgewalt in der Schweiz auf unterverfassungsrechtlicher Stufe praktisch schon weitgehend eingespielt hat (*These der Strukturwidrigkeit*). Auch liegt als gegen einen Beitritt sprechendes Argument die Überlegung auf der Hand, es bestehe kein Bedürfnis nach einer völkerrechtlichen Verankerung einer Institution, die innerstaatlich bereits genügend abgesichert, ja insgesamt in der Schweiz als dem Ursprungsland der europäischen Kommunaldemokratie eine die Anforderungen der Charta überragende, stärkere Position besitze (*Überflüssigkeitsthese*). Sodann könnte man aus Schweizer Sicht einen gewissen Hang der Charta zur Legalisierung und Formalisierung der kommunalen Selbstverwaltung kritisieren, wird doch nach unserem Staatsverständnis eine effektive Sicherung der Gemeindeautonomie häufig eher von der Politik (z.B. einer Kommunalfreundlichkeit kantonaler Parlamente) und der Verwaltungspraxis der Regierungen als von perfekten Gesetzen und deren richterlicher Kontrolle erwartet (*Verrechtlichungsthese*). Schliesslich könnte etwa eingewendet werden, die Auswirkungen der Charta auf das innerstaatliche Recht liessen

sich kaum voraussagen, weshalb ein Beitritt mit einer gewissen Unsicherheit über die eigentliche Tragweite der eingegangenen Verbindlichkeiten behaftet wäre; diese Befürchtungen sollten allerdings angesichts des (von der Schweiz anlässlich einer Ratifikation ausdrücklich zu bekräftigenden) Fehlens einer unmittelbaren Anwendbarkeit der Chartabestimmungen nicht überschätzt werden (*Risikothese*).

Zugunsten eines Beitritts liesse sich demgegenüber vorbringen, dass gerade die Schweiz mit ihrer besonders langen Tradition der Gemeindefreiheit im Ratifizierungsprozess vorangehen sollte, so wie die schweizerische Gemeindeautonomie nach dem Zweiten Weltkrieg kräftig ins Ausland ausstrahlte; in diesem Sinne betonte der Bundesrat 1987 auch zu Recht, dass die Frage des Beitritts insbesondere «wegen des Modellcharakters unseres Landes» hinsichtlich der kommunalen Selbstverwaltung weiterverfolgt werden solle (*Pionier- oder Missionsthese*). Auch liesse sich geltend machen, ein Beitritt sei als Akt der Verbundenheit mit den anderen europäischen Staaten geboten und fördere insofern durch seine Symbolfunktion in Europa und insbesondere auch für die Schweiz ein Klima des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit (*Solidaritätsthese*). Sodann kommt der Charta auf dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses eine besondere Aktualität zu: Die Schweiz müsste ein spezielles Interesse daran haben, dass sich eine weitere Intensivierung des europäischen Zusammenschlusses auf der Grundlage und in den Bahnen einer ihr vertrauten staatspolitischen Tradition vollzieht und mit einer starken kommunalen Selbstverwaltung ein Gegengewicht zu Machtballungs- und

Bürokratisierungstendenzen in der europäischen Zentrale geschaffen wird (*Integrationsthese*).

Zumindest sollte im jetzigen Stadium des Verfahrens die Charta in der Schweiz *Anlass zur Reflexion* sein: zum kritischen Vergleichen unseres Gemeinderechts mit den Kommunalordnungen anderer europäischer Länder, wie sie in ihren gemeinsamen Grundzügen ihren Niederschlag in der Charta gefunden haben; zum Messen unserer traditionellen, empirisch gewachsenen Strukturen an äusseren, möglicherweise vernünftigeren Massstäben; und zur Überprüfung der Frage, ob sich allenfalls eine Anpassung unseres innerstaatlichen Rechts an eine gewandelte Wirklichkeit aufdrängt. Insgesamt scheinen mir als Ergebnis einer solchen Reflexion die *Argumente für einen Beitritt zu über-*

wiegen. Zwischen den Grundsätzen der Kommunalcharta und den kantonalen Gemeindeordnungen besteht eine breite Konkordanz; eventuelle Divergenzen und Disharmonien lassen sich durch Nichtübernahme der entsprechenden Chartabestimmungen durch die Schweiz beseitigen. Vor allem aber scheint mir, dass das Motiv, *im nunmehr kräftig voranschreitenden europäischen Einigungsprozess die aus schweizerischer Sicht richtigen Akzente zu sehen*, in jüngster Zeit ein besonderes Gewicht gewonnen hat. Die Präambelstelle der Gemeindecharta, wonach der Schutz und die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung einen wichtigen Beitrag zum Aufbau eines Europa darstellen, das sich auf die Grundsätze der Demokratie und der Dezentralisation gründet, hat eine besondere Aktualität erlangt.

Daniel Thürer

Italienisch: Lingua franca

Eine Zuschrift

Der sehr interessante Aufsatz von Ottavio Lurati, «*Italienische Schweiz — wohin?*» («Schweizer Monatshefte», Januar 1989), gipfelt in der Resignation, dass zahlen- und gebrauchsmässig die Sprachen der Minoritäten in der Schweiz immer mehr zurückgehen. Die Gefahr wird hervorgehoben, dass die kulturellen Minoritäten der Schweiz einer weiteren Marginalisierung und Subalternisierung unterliegen. Die viersprachige Schweiz sei im Begriff, sich zu einem kleinen französischsprachigen Teil, ebenfalls mit Fremdspra-

che Englisch, zu entwickeln. Die Schweizer würden lieber Englisch lernen als die Landessprachen, die nicht ihre Muttersprachen sind.

Insoweit ist diese Feststellung richtig, jedoch unvollständig. Wenn aber der Verfasser fortfährt, Italienisch sei in der Schweiz eine Sprache zwischen formeller Anerkennung und tatsächlicher Marginalisierung — zwischen der Erklärung und Realität der Landessprache liege ein beängstigender Abgrund; wenn man nicht mit klaren und korrekten Massnahmen gegen-

steure, bringe die Zukunft eine zweieinhalbsprachige Schweiz, so *sieht* man in meinen Augen *schwarz*.

Mit dem Titel habe ich schon angedeutet, dass Italienisch als Sprache für uns Deutschschweizer bedeutungsvoll geworden ist. Auf die Probleme des Tessins ist Ottavio Lurati erschöpfend eingetreten — meine Ergänzung geht vom *Sprachgebrauch*, vom bei uns erforderlichen und gesprochenen Italienisch aus. Seit dem Kriegsende von 1945 haben der Zwang und das Verständnis, Italienisch zu pflegen, vorab in der deutschen, aber auch in der französischen Schweiz, *zugenommen*.

Unter den Gastarbeitern nehmen die Italiener den ersten Platz ein: die ihnen folgenden Spanier sprechen eher und lieber Italienisch als Italiener Spanisch. Dazu kommt, dass Italienisch *Nationalsprache* ist: deswegen lernen die meisten Schweizer Italienisch vor Spanisch. Neben das Baugewerbe, den traditionellen Italienerberuf, und die Textilindustrie, ist mehr und mehr das Dienstleistungsgewerbe mit seinen Zweigen Gastwirtschaft und Pflegeberufe getreten. Auch im Einzelhandel kommt man je länger desto mehr ohne Gastarbeiter nicht aus. Wohl die Hälfte unter den insgesamt einer Million solcher kann oder muss sogar Italienisch angesprochen werden. In der Schweiz wird der Geist der Gesetze nicht durch die Praxis umgangen. Dass Italienisch als Landessprache gewinnt, ist ähnlich, wie Lurati fürs Englische feststellt, eine Ausrichtung an die schweizerische Realität. Zu dieser zähle ich allerdings den *täglichen Wortgebrauch* auf Bauplätzen, in Gaststätten, Spitälern und mehr und mehr auch im Handel. Zur Qualität möchte ich mich nicht äussern — zur Quantität sehe ich nicht schwarz wie Ottavio Lurati.

Zum Problem als Ganzem kann ich mich weder als Tessiner noch als Literat äussern. Indessen habe ich einige *Praxis in der äusseren und inneren Wirtschaftspolitik* hinter mir: viele Wochen in Delegationen des Bundes für Handel, Steuern, Transport- und Arbeitsprobleme, wo die Schweizer mindestens einen Vorsprung hatten, indem sie die einzigen Unterhändler waren und sind, von denen Italiener erwarten konnten, dass sie die Verhandlung auf Italienisch führten oder wenigstens verstanden. Nicht nur an der äusseren, sondern auch an der inneren Front durfte und musste ich schätzen, wie wichtig mindestens für uns Deutschschweizer Italienisch ist.

Ich hatte auch die Aufgabe und Ehre, an den Bemühungen teilzunehmen, die mit starken Unterstützungen der italienischen Botschaft und des Konsulates an verschiedenen Plätzen Anstrengungen unternahmen, die gegenseitigen sprachlichen Schwierigkeiten zu bewältigen. An vielen Orten werden sie, namentlich in Gewerbe- und Berufsschulen, heute noch fortgesetzt. An Negativem hat es freilich auch nicht gefehlt.

So war für mich eine grosse Enttäuschung, dass die von der Stadt und den Arbeitgebern gepflegten Vorsätze, den freien *Samstag* dem gegenseitigen *Sprachunterricht* zu widmen, nur einen bescheidenen Teilerfolg hatten.

Allerdings geben diese Dinge zu keinem Pessimismus Anlass. Einerseits darf man voraussehen, dass über 500 000 Gastarbeiter (Italiener und mit Abstand und Respekt für ihre besonderen Bemühungen Spanier) im täglichen Umgang noch auf Jahre hinaus ihre Muttersprache pflegen. Von der volkswirtschaftlichen Seite aus

werden sich diese Verhältnisse kaum verändern, so dass Italienisch mindestens als Lingua franca bei uns gedeiht.

Dahingestellt bleiben mag, dass Türken und Jugoslawen, die ohnehin als Fremdsprache Deutsch oder Französisch lernen müssen, in dieser und nicht in der italienischen Sprache vorwärtskommen möchten oder müssen.

Mit Erfolg sind andererseits auch *Italienisch-* und in kleinem Umfang *Spanisch-* und *Portugiesischkurse für Schweizer* eingerichtet worden; sie werden heute und in der nahen Zukunft angeboten und besucht.

Die Arbeitgeberseite wird durch *Haus- und Geschäftsfrauen* ergänzt: ja, für das *Pflegepersonal*, vom Arzt bis zur Reinigung, dürfte auf Jahre hinaus Italienisch die wichtigste Fremdsprache bleiben. Nach ihr müssen die Stundenpläne und die ganze Ausbildung

ausgerichtet werden. Dies wird sich auch auf die Mittelschulen auswirken.

Wenn auch den Deutschschweizern jedes Verständnis für die Bestrebungen fehlt, in Genfer Mittelschulen Deutsch durch Englisch als erste Fremdsprache zu ersetzen, so nehmen wir je nach dem Bildungsweg, den der Lernende einschlägt, Italienisch wichtiger als Englisch oder sogar Spanisch. In der Dreisprachigkeit bleiben die Tessiner uns das Muster: niemand kann wie sie in den drei Landessprachen reden, denken und antworten. Wohl rühmt sich der Deutschschweizer gerne, dass er besser Französisch spreche als der Welsche Deutsch. Im vertieften und angewandten Sprachschatz stehen beide hinter dem Tessiner.

Dass *Italienisch* jedoch, an der Häufigkeit des Gesprochenen gemessen, nicht leidet, hoffe ich, dargetan zu haben als *Trost* auch für Tessiner.

Hans Herold

Im Jahre 1864 schrieb ein Emigrant aus dem Maggiatal aus Australien an seine Frau nach Cerentino, wenn er das nötige Geld für die Reise zusammengekratzt hätte, würde er nach Europa zurückkommen: «Ich werde nach Europa, jedoch nicht nach Hause fahren; bleiben werde ich in Frankreich oder in der Schweiz, um meine Familie finanziell unterstützen zu können.» Mit diesem Satz, der das Tessin von der übrigen Schweiz scharf trennt, unterstrich er, wie fremd und fern ihm die helvetische Heimat, wie schwach sein Zugehörigkeitsgefühl zu ihr noch war. Aber bis wohin gingen die Grenzen seiner wirklichen Heimat?

Raffaello Conti in Notizen zur *ticinesità*. Abgedruckt in «Grenzraum», Texte aus der italienischen Schweiz. Herausgegeben von Alberto Nessi, ch-Reihe im Benziger Verlag, Zürich 1986.